

Ärztinnenbund**Dr. Ute Otten
verstorben**

Foto: DÄB/Christiane Groß

Otten war Ehrenpräsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes.

Die Ehrenpräsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes (DÄB), Dr. Ute Otten, ist Ende August 2024 im Alter von 88 Jahren in Wuppertal verstorben. Das teilte der DÄB mit. Die 1935 in Berlin geborene Ärztin trat in den späten 1970er Jahren dem DÄB bei und engagierte sich für die Belange von Frauen im ärztlichen Beruf. Von 1993 bis 1997 war sie Präsidentin des Ärztinnenbundes. Für die Gleichberechtigung von Ärztinnen und Ärzten trat Otten nicht nur im DÄB ein, sondern war von 1986 bis 1992 Mitglied im Vorstand des Deutschen Frauenrats. 1998 gründete sie den Polnischen Ärztinnenbund in Breslau. Für ihr humanitäres und frauenpolitisches Engagement wurde Otten mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und der Paracelsus-Medaille der Bundesärztekammer ausgezeichnet. „Der DÄB und die Ärztinnen in Deutschland haben Ute Otten in Sachen Gleichstellung viel zu verdanken“, erklärte dessen Präsidentin, Dr. Christiane Groß. „Sie wird uns fehlen.“ *bre*

HPV-Impfung**Schulprojekt soll massivem Rückgang entgegenwirken**

40 Prozent der Mädchen sind trotz entsprechender Impfempfehlung mit 14 Jahren nicht oder unzureichend gegen humane Papillomaviren (HPV) geimpft, die das Risiko erhöhen, an Gebärmutterhalskrebs zu erkranken. Das entspricht rund 150.000 Betroffenen jährlich. Zudem sei die Rate der jährlich Geimpften zum Ende der Coronapandemie massiv eingebrochen. Das geht aus dem Arzneimittel-

report der Krankenkasse Barmer hervor. Untersucht wurde die Impfrate gegen HPV bei jugendlichen Versicherten der Krankenkasse. Die Ständige Impfkommission empfiehlt, die HPV-Impfung ab dem Alter von neun Jahren bis zum Ende des 14. Lebensjahres durchzuführen. In diesem Altersabschnitt sei die Impfung nach dem 2-Dosen-Schema möglich. Im Nachimpfzeitraum von 15 bis 17 Jahren seien drei Impfdosen erforderlich.

Nach Angaben des Robert Koch-Instituts sind in Deutschland rund 54 Prozent der Mädchen und 27 Prozent der Jungen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren vollständig geimpft. Um diese Quote zu erhöhen, startet die Krebsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V. ein landesweites Projekt an Schulen. Unter dem Motto „Kurz geimpft, lang geschützt“ sollen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte bei altersentsprechenden Informationsstunden auf die HPV-Impfung aufmerksam gemacht werden. Durchgeführt werden diese durch Ärztinnen und Ärzte der Ärztlichen Gesellschaft zur Gesundheitsförderung e.V. (ÄGGF).

Interessierte Schulen können sich anmelden über www.aeggf.de/terminanfrage. *vt*



Mit gezielten Schulprojekten möchte die Krebsgesellschaft NRW die Impfbereitschaft gegen das HP-Virus erhöhen.

Kurz gemeldet**Bildschirmzeit steigt**

Jugendliche und junge Erwachsene verbrachten 2023 mehr Zeit mit digitalen Medien als noch vor fünf Jahren. Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) betrug die durchschnittliche wöchentliche Nutzungsdauer bei zwölf- bis 17-Jährigen etwa 26 Stunden (2019: 23). Bei den 18- bis 25-jährigen Frauen stieg sie auf 27 Wochenstunden (2019: 22), bei den gleichaltrigen Männern auf etwa 29 Stunden (2019: 25). Die BZgA warnte vor psychischen Belastungen durch die übermäßige Nutzung digitaler Medien. *MST*

Depressionen bei Kindern nehmen zu

19 Prozent aller stationären Behandlungen von zehn- bis 17-jährigen Kindern und Jugendlichen basierten im Jahr 2022 auf der Diagnose einer Verhaltensstörung oder einer psychischen Erkrankung. Diese Diagnosen bildeten laut Statistischem Bundesamt die zweithäufigste Ursache einer Krankenhausbehandlung von Kindern und Jugendlichen. Insbesondere Mädchen seien betroffen (25 Prozent). Bei Jungen lag der Anteil bei 13 Prozent. Der häufigste Grund für die Behandlung sei eine Depression gewesen. *MST*

ePa: Bürger befürworten opt-out

Knapp 61 Prozent der Bevölkerung befürworten es, dass für gesetzlich Versicherte ab 2025 automatisch eine elektronische Patientenakte (ePa) angelegt wird, wenn die Betroffenen dem nicht aktiv widersprechen. Damit befürwortet eine Mehrheit die sogenannte Opt-out-Regelung. Dies ist eines der Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des AOK-Bundesverbandes. 20 Prozent der Befragten lehnten dagegen die Regelung ab. 15 Prozent zeigten sich unentschieden. *MST*